

NATO rüstet weiter, hält an Abschreckungsdoktrin fest

Nach den Initiativen zur einseitigen Verminderung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen von UdSSR, DDR, ČSSR, VRB und der UVR und der Offenlegung der zahlenmäßigen Stärken der Streitkräfte und Rüstungen durch das Komitee der Verteidigungsminister des Warschauer Vertrages bewegt uns die Frage: Wie reagiert die NATO auf diese neuerlichen Friedensinitiativen?

Heike Sehume

Bildungsstättenleiter im Energiekombinat Halle

Die Staaten des Warschauer Vertrages verfügen über ein gemeinsam abgestimmtes Friedens- und Abrüstungsprogramm. Auf seiner Grundlage wurden mit den jüngsten Initiativen zur einseitigen Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen sowie zur Verringerung der Verteidigungsausgaben neue Markierungspunkte gesetzt.

Die UdSSR, DDR, ČSSR, VRB und die UVR werden, den öffentlichen Materialien zufolge, 1989/90 einseitig ihre Streitkräfte insgesamt um 541 300 Mann und die Militärhaushalte zwischen 10 und 17 Prozent verringern. Damit einher geht die Reduzierung der konventionellen Rüstungen um 10 901 Panzer, 9 330 Artilleriesysteme, 930 Kampfflugzeuge und anderes Gerät. Darüber hinaus werden auch atomare Kurzstreckenwaffen aus Mitteleuropa abgezogen.

Außerordentlich bedeutsam für das weitere Herangehen an die Fragen der Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen ist die Erklärung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages „Zum Verhältnis der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte und Rüstungen der Organisation des Warschauer Vertrages und des Nordatlantischen Bündnisses in Europa und den angrenzenden See-

gebieten“ vom 29. Januar dieses Jahres. Bekräftigt wird durch das Komitee die Auffassung, „daß das Primäre in der gegenwärtigen Epoche die Verhinderung eines Krieges, die Einstellung des nuklearen und konventionellen Wettrüstens sowie der Übergang zu kontinuierlicher Abrüstung ist“. Grundsatz bei der Betrachtung beider Militärblöcke soll sein, „daß bei zuverlässiger Gewährleistung seiner Verteidigung keines der beiden Bündnisse über Mittel für einen Überraschungsangriff auf die andere Seite sowie für Angriffsoperationen überhaupt verfügt“.

Die DDR, als Staat an der Trennlinie zwischen Warschauer Vertrag und NATO, setzt sich beharrlich für Abrüstung und Entspannung ein. Die von Erich Honecker verkündeten einseitigen Reduzierungen von Streitkräften und Ausgaben für die nationale Verteidigung sind dafür ein Beweis. Mit der Veröffentlichung der Streitkräftebilanz, so der Verteidigungsminister der DDR, Heinz Keßler, hat das sozialistische Militärbündnis die Karten auf den Tisch gelegt. Nunmehr ist die NATO aufgefordert, zu antworten.

Wie aber reagiert sie auf all diese einseitigen Vorleistungen und Beispiele guten Willens?

Einerseits wurden in NATO-Kreisen diese Initiativen als „ein

Schritt in die richtige Richtung“, als „ein konstruktives Signal“ begrüßt. Andererseits hat die NATO, im Gegensatz zum Warschauer Vertrag, dessen Teilnehmerstaaten mit einem umfassenden Programm über die Verringerung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen im März in die Wiener Verhandlungen gehen, bisher noch kein eigenes Abrüstungsprogramm auf den Tisch gelegt. Statt konstruktiver Antworten auf die Abrüstungsinitiativen der Warschauer Vertragsstaaten werden von einflußreichen Politikern und Militärs, von politischen und militärischen Spitzengremien der NATO immer neue Vorbedingungen gestellt. Die Rüstung auf nuklearem und konventionellem Gebiet wird fortgesetzt. Das geht einher mit Einmischungsversuchen in die Innenpolitik und Gesetzgebung der UdSSR, der DDR und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages.

Maßgebliche Kräfte in der NATO, nicht wenige davon sind in der BRD zu finden, versuchen die an Wirkung verlierende Lüge von der Bedrohung aus dem Osten mit neuen Unwahrheiten am Leben zu halten. Dazu gehört, die Militärdoktrin des Warschauer Vertrages zu entstellen und ein falsches Bild des militärischen Kräfteverhältnisses zu zeichnen. So unterstellte beispielsweise der BRD-Verteidigungsminister Scholz dem Warschauer Vertrag eine „enorme Überlegenheit auf konventionellem Gebiet“, die angekündigten Reduzierungsmäßen würden grundsätzlich noch nichts am „militärischen Übergewicht des Warschauer Paktes“ und an dessen „operativ-strategischen Möglichkeiten“ ändern.

Immer wieder fordert die NATO von unserem Verteidigungsbündnis starke „asymmetrische Reduzierungen“ auf konventionellem Gebiet. Die NATO jedoch weigert sich bislang, in den Bereichen, in denen sie Vorteile besitzt, beispielsweise bei der Marine und